

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

8.4.1922 (No. 84)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortliche  
Hauptredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunische  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Expedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkontos  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 63 M. — Einzelnummer 1. — M. — Anzeigengebühr: 1.30 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederbestellungen tarifreder Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und bewiesen werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antizip. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Institut für den Anzeigendienst berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beiziehung und Kontoverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Abnehmer keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Von der deutschen Beamenschaft.

Die Debatten auf dem Bundestag des Deutschen Beamtenbundes haben den ziemlich allgemein erwarteten Verlauf genommen. Einer zum Streik geneigten Minderheit (Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und Gewerkschaft der Postbeamten) steht eine Zweidrittelmehrheit gegenüber, die die bisherige Politik des Beamtenbundes billigt, d. h. also den Beamtenstreik als solchen ablehnt und den Streik der Eisenbahner vom Februar d. J. verurteilt. Eine Überbrückung der Gegensätze wird sich wohl kaum noch erreichen lassen, und so ist mit einer Spaltung innerhalb der deutschen Beamenschaft zu rechnen. Die Majorität wird gebildet aus der deutschen Lehrerschaft, den Justiz- und Kommunalbeamten, den Verwaltungs- und Polizeibeamten und den technischen Beamten.

Daß die Auffassung der Majorität nach Lage der Dinge die einzig richtige ist, unterliegt für uns keinem Zweifel. Und wenn es überhaupt etwas geben kann, was die Anhänger der Auffassung der Minderheit zu belehren vermöchte, so ist es die Begründung, mit der sich die Gewerkschaft der Postbeamten auf die Seite der das Streikrecht fordernden Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten gestellt hat. Die Postbeamten haben nämlich erklärt, daß ihr Ziel die Gleichstellung der Beamten mit den nichtbeamteten Arbeitnehmern sei. Aus dieser Gleichstellung folge dann ganz von selbst das Recht zum Streiken. Andererseits hat der Sprecher der Postbeamten aber ganz logisch auch dem Staat das Recht zugesprochen, seinerseits, wie ja auch jeder private Arbeitgeber das tun darf, vom Recht der Kündigung Gebrauch zu machen.

Das Gefährliche der ganzen Streikfrage wird durch diese Begründung in ein grelles Licht gerückt. Es ist ganz selbstverständlich, daß am Ende der Agitation für das Streikrecht der Beamten eine Revision des Beamtenrechts steht, nach welcher dann in Zukunft das Recht auf lebenslängliche Anstellung und auf Pension fortfallen müßten. Vielleicht haben nicht alle Beamten, die heute noch das Streikrecht verteidigen, an diese Konsequenz gedacht. Jedenfalls glauben wir, daß bei einer Urabstimmung die heute schon bestehende Majorität noch viel größer werden würde, wenn man alle Beamten von vornherein darauf aufmerksam machen würde, was für sie eigentlich auf dem Spiele steht.

Wir benutzen diese Gelegenheit, wo ohnehin von Beamtenfragen die Rede ist, ein kurzes Wort an die badischen Beamten zu richten. Nachdem durch die Erklärung des Finanzministers Köhler im badischen Landtag die Frage, ob auch die höheren Beamten der um die Jahreswende beschlossenen Feuerungszulage von 2000 M. teilhaftig werden sollen, in einem alle Teile befriedigenden Sinne erledigt worden ist, und nachdem auch die neue (dritte) Befoldungsordnung vom badischen Parlament genehmigt wurde, halten wir es für angezeigt, uns gegen ganz bestimmte Vorwürfe, die im Verlauf der letzten Wochen gegen die „Karlsruher Zeitung“ erhoben worden sind, in aller Form und mit aller Entschiedenheit zu verwahren.

Als wir seinerzeit pflichtgemäß den Entschluß des Landtags, die höheren Beamten von jener Feuerungszulage auszuschließen, interpretierten und verteidigten, und als wir in diesem Zusammenhang Vergleiche der höheren Beamtengehälter mit denen gleichwertiger Privatberufe anstellten, — Vergleiche, die auf sehr sorgfältigen Erkundigungen beruhten, — wurde dieser Artikel von einem Teil der badischen Beamenschaft in einer Weise kritisiert, die leider das Streben nach Gerechtigkeit und sachlicher Würdigung recht sehr vermiffen ließ.

Wir möchten heute ohne weiteres behaupten, daß die meisten dieser Kritiker unseren Artikel überhaupt nicht oder nicht genau gelesen haben. Sonst hätten sie nicht zu so merkwürdigen Schlussfolgerungen gelangen können. Die tollste dieser Schlussfolgerungen aber war die, daß man behauptete, die Haltung der „Karlsruher Zeitung“ als solche sei beamtenunfreundlich.

Das ist eine Behauptung, gegen die wir, weil sie unwar und unrichtig ist, den schärfsten Einspruch erheben müssen. Das Gegenteil ist zutreffend! Wir könnten eine ganze Reihe von Artikeln der „Karlsruher Zeitung“ namhaft machen, in denen gerade der badischen Beamenschaft die höchste Anerkennung und das höchste Lob für ihre Leistungen ausgesprochen wird, und in denen allen ein durchaus beamtenfreundlicher Standpunkt zutage tritt. Wie sollte es denn auch anders sein! Das Organ, das der badischen Regierung nahe steht, wird doch wohl am besten zu beurteilen wissen, welche Verdienste um Staat und Land sich die badische Beamenschaft erworben hat!

Nun ist aber natürlich die „Karlsruher Zeitung“ als Regierungsorgan verpflichtet, auch den übrigen Schichten der Bevölkerung, und zwar vor allem den Schichten, deren Bedeutung eine besonders große ist, gerecht zu werden. Einseitig für Beamteninteressen kann sich die „Karlsruher Zeitung“ selbstverständlich nicht einsetzen. Und kein vernünftiger Beamter wird das erwarten oder verlangen. Unser Artikel, der bei einem Teil der Beamenschaft so unerbittliche Kritik hervorgerufen hat, verfolgte lediglich den Zweck, die höheren Beamten durch ganz bestimmte Vergleiche darauf hinzuweisen, daß es eben anderen Schichten unseres Volkes, und zwar Schichten, die man früher mit diesen höheren Beamten in eine Linie zu setzen pflegte, noch erheblich schlechter geht. Das Recht zu derartigen Vergleichen und Hinweisen wird uns wohl niemand bestreiten wollen.

Daraus aber die Tatsache einer beamtenunfreundlichen Gesinnung folgern zu wollen, das geht denn doch zu weit. Wir verlangen von einem jeden badischen Beamten eine gerechte Beurteilung. Und es ist nicht gerecht, einer Zeitung, die immer wieder für die richtige Bewertung der Leistung der badischen Beamten eingetreten ist, nur deshalb den Vorwurf der Beamtenunfreundlichkeit zu machen, weil sie einmal, getreu ihren Verpflichtungen der gesamten Bevölkerung gegenüber, objektive Vergleiche anstellte.

Wenn aber gar der „Karlsruher Zeitung“ von einzelnen Seiten vorgeworfen wird, sie habe in der Frage des Eisenbahnerstreiks eine den Streik verurteilende, also beamtenunfreundliche Haltung eingenommen, so erscheint auch dieser Vorwurf völlig unangebracht, nachdem jetzt eine Zweidrittelmehrheit des Delegiertentages des Deutschen Beamtenbundes die gleiche Auffassung vertreten hat. Im übrigen hatten wir damals das Streikrecht nicht etwa aus unfreundlicher Gesinnung heraus abgelehnt, sondern gerade, weil wir uns von vornherein sagten, daß eine Bewilligung des Streikrechts Konsequenzen haben müßte, die für die Beamenschaft als solche unzutraglich, ja geradezu gefährlich sind!

### Ausblick auf Genua.

Unter dieser Überschrift wird der Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ von ihrem Berliner Mitarbeiter geschrieben:

Die am Montag beginnende Konferenz von Genua wird für einige Wochen die Blicke der ganzen Kulturwelt auf sich ziehen, obwohl die Öffentlichkeit im allgemeinen wenig gut von ihr denkt und sich noch weniger von ihr verspricht. Lloyd George hat es ja durchgesehen, nicht nur, daß die Konferenz tatsächlich stattfindet, sondern auch, daß er selbst die englische Delegation zusammensetzen und führen kann, gedeckt durch ein frisches Vertikumsvotum einer sehr großen Mehrheit des Unterhauses, aber er hat auch recht viel Wasser in den Wein seiner ursprünglichen Absichten gegossen und wenn man sich nur an den Text seiner Unterhausrede vom 3. April hält, kann man wohl zu der Ansicht kommen, die Konferenz werde weder für den Frieden der Welt, noch für die Wiederherstellung des Welthandels etwas nennenswertes leisten. England scheint ja jetzt durchaus damit einverstanden, daß über die Friedensverträge nicht gesprochen werde, die doch in Wahrheit den Kriegszustand in den Frieden hinübergetragen haben und ebensowenig von den deutschen Reparationszahlungen, die doch mit ihrem zerrüttenden Einfluß auf den Markkurs Deutschland kaufunfähig machen und damit den Welthandel lähmen.

Wenn aber aus dieser Tatsache bereinzelt auch jetzt wieder der Schluß gezogen wird, es habe im Grunde gar keinen Sinn für Deutschland, nach Genua zu gehen, so ist das doch kaum ernst zu nehmen. Die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, um eine Besserung unserer Lage, wenn auch nur ganz allmählich anzubahnen, sind wirklich nicht so zahlreich und mannigfaltig, daß wir ein Recht hätten, besonders wählerisch zu sein. Es ist durchaus möglich, daß in Genua nicht eben viel für uns zu erreichen sein wird, aber das ist durchaus kein Grund, diese erste Gelegenheit zu gleichberechtigter Teilnahme an diesem Versuche einer gemeinsamen Lösung brennender Weltprobleme zu versäumen und sich gleichsam in den Leuchtwinkel zu stellen. Die ersten Leidtragenden wären doch wir, wenn eine solche Arbeit ohne uns und vielleicht gegen uns unternommen würde und es wäre ein sehr geringer Trost zu wissen, daß sicherlich auch die ganze Welt unter dieser Ausschaltung leiden würde.

Im übrigen ist auch noch keineswegs gesagt, daß die Konferenz so ergebnislos sein wird, wie man es ihr heute so gern prophezeit. Im allgemeinen bedeuten hochgespannte Erwartungen immer eine Art Belastung, gleichsam eine Hypothek für ein derartiges Unternehmen, das ja schon rein technisch allerlei große Schwierigkeiten zu überwinden haben wird, um überhaupt arbeitsfähig zu werden, und empfiehlt sich daher ohne weiteres, die Erwartungen von vornherein niedrig zu stellen und nicht ungeduldig zu werden, wenn die Weltbefeidung und Weltbefreiung nicht binnen weniger Wochen als strahlende Göttin aus den Kämpfen der Genueser Zeuse herauspringen will. Die Konferenz wird höchstwahrscheinlich dazu verurteilt sein, Vorarbeit und Stückwerk zu leisten, aber auch wenn sie nur einen Anfang bedeutet, bedeutet sie sicherlich einen Anfang der Befreiung für die Welt wie für uns, denn das eine steht fest: Die Zusammenhänge, die Lloyd George in seiner Rede zum Teil nicht sehen wollte, zum Teil geradezu abgelenkt hat, bestehen in Wirklichkeit und werden sich mit elementarer Kraft geltend machen. Alles, was zur Erleichterung der Lage Deutschlands geschieht, wird unmittelbar der ganzen Welt zugute kommen und man kann andererseits der Welt nicht helfen ohne Deutschland zu helfen.

Es ist auch kaum anzunehmen, daß sich ein Staatsmann von dem Range Lloyd Georges darüber wirklich in Unklarheit befinden sollte. Wenn er eine Rede gehalten hat, die in mancher Beziehung wie eine Verlegenheitsrede anmutet und von der frischen Farbe der Entschliebung wenig mehr sehen läßt, so kann man das auch so verstehen, daß der englische Staatsmann, wenn die Konferenz erst einmal beisammen und an der Arbeit ist, auf die innere Logik der Dinge, ja geradezu auf den zwingenden Charakter jener Zusammenhänge vertraut, die er mit Rücksicht auf das französische Mißtrauen und die Gefahr einer offenen oder versteckten Sabotage von dieser Seite in Abrede gestellt hat. Und so wird Deutschland trotz allem nach Genua gehen können, um mit allen Kräften daran mitzuarbeiten, daß die mit so viel Kleinmut betrachtete Konferenz schließlich doch zu einem Schritt aufwärts und vorwärts werde für uns, Europa und die Welt.

### Badische Wochenrückblicke.

#### Das Steigen der Fleischpreise.

Die Preise für den nötigsten Lebensbedarf schnellen jetzt wieder in grotesken Sprüngen in die Höhe. Wie toll der Wirtswart nachgerade geworden ist, erhellt aus den manchmal geradezu ungläublichen Unterschieden der Preise für ein und dieselbe Ware in verschiedenen Geschäften. Noch verblüffender wirkt ein Vergleich der in unseren Städten zum Teil verlangten Preise mit denen in anderen Teilen des Reiches. So betragen in Freiburg die Preise für Ochsen- und Rindfleisch 32-33 M., Kalbfleisch 35 M., ohne Knochen 48 M., Kalbschmalz ohne Knochen 50 M., Gackfleisch 44 M. In Karlsruhe werden seit drei Tagen 40 Mark und 80 Pfennige für ein Pfund Rindfleisch, Kalbfleisch, Schweine- und Hammelfleisch verlangt. Man glaubt, seinen Augen nicht trauen zu dürfen, wenn man dieser ungeheuerlichen Übersteuerung der Bevölkerung Berliner Preise gegenüberhält. Wurde doch im Angeigentheil der dortigen Blätter vor einigen Tagen noch frisches Fleisch zu folgenden Preisen angeboten:

Kalbslamm und Brust	3 Pf. 19 M.
Kalbsnierenbraten	3 Pf. 21 M.
Kalbskeule ganz und geteilt	3 Pf. 21 M.
Schweinebauch und Blatt	3 Pf. 31 M.
Schweinerücken	3 Pf. 31 M.
Schweineschinken	3 Pf. 31 M.
Schmales Rind- und Schweinefleisch	3 Pf. 25 M.

Man fragt sich vergebens, wie der bei diesem Vergleich ins Auge fallende Unterschied zu erklären ist und fragt sich weiterhin, ob es keine Möglichkeit gibt, auch die Preise in unse-

Mit einer Beilage: 34. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.



ren Städten wenigstens einigermaßen mit den in Berliner Geschäften verlangten in Einklang zu bringen.

In der Karlsruher Preisprüfungskommission ist vor einigen Wochen die Möglichkeit eines gemeinsamen Metzger- und Verbraucherpreises erörtert worden, mit dessen Hilfe dem immer brutaler in Erscheinung tretenden Fleischwucher entgegenzuwirken wäre; man ist jedoch davon abgesehen und zwar aus der Erwägung heraus, daß der Viehhandel doch auf jeden Fall, sei es im In- oder Ausland, seine Abnehmer finden würde. Dieser Tage nun hatte die Karlsruher Metzgerinnung den städtischen Preisprüfungs- und Überwachungs-ausschuß für Fleischversorgung zu einer Besprechung wegen weiterer Erhöhung der Fleisch- und Wurstpreise eingeladen. In dieser Besprechung wurde darüber ge- klärt, daß das Schlachtvieh immer seltener und teurer, die Fleischpreise immer höher, die Kaufkraft der Verbraucher immer schwächer, der Umsatz der Metzger immer geringer werden. Die Ursachen dafür erblickte die Versammlung vor allem in dem wilden Handel, den Schwarzschlächtern, dem Schmuggel und dem Schiebertum usw.; gegen all diese Mißstände sowie gegen die auslaufenden und ausbleibenden In- und Ausländer, kurz gegen das freie Spiel der Geld- und Wucherkräfte wurde ein scharfes Einschreiten der Regierung verlangt. Wenn es nicht gelinge, der gänzlichen Ausplün- derung und Auszehrung Deutschlands ein Ende zu machen, so sei zum Jahresfluß ein Fleischpreis von 150 Mark zu ge- wärtigen. Aus Metzgerkreisen wurde besonders auf die Zu- stände in Bayern hingewiesen, die für uns von Bedeu- tung sind, weil das bayerische Schlachtvieh zum größten Teil aus Bayern kommt. Es ist von Interesse, die Ansichten zu hören, die von Metzgerkreisen und Städtevertretungen auf dem kürzlich stattgehabten Kreisverbandstag der unter- fränkischen Fleischinnungen vorgebracht wurden und nach denen die Hauptursachen der Schwarzschlächtereien, der Fleischpreisteuerung in der Entwertung der Mark, welche die Ein- fuhr von Metzgerfleisch in größeren Mengen verbiete, und in dem gemeinschaftlichen Treiben vieler Händler und Aufkäufer zu suchen sind. Auch in Bayern, wo die Verhältnisse in der Fleischversorgung günstiger seien als in den übrigen Gegenden Deutschlands, trieben die Aufkäufer der außerbayerischen Händler die Preise immer furchtbarer in die Höhe. Eine Hilfe durch die Ausfuhrperze lässe sich aus Kontingenterung stehende Widerstand der bayerischen Landesbauernkammer gegenüber. Höchst bedauerlich sei die auf eigennütigen, ja geradezu auf wucherischen Gründen beruhende ablehnende Stellung der Kreisbauernkammer und der Landesbauernkammer, die unter allen Umständen die Preisbildung hochhalten wollten. Im Anschluß an diese Klagen wurden dann Kontingenterungs- und andere Maßnahmen verlangt.

Es scheint noch allemal doch, daß die Ursachen für die Fleischsteigerung so tief wurzeln, daß ihre Ausrottung nicht so ohne weiteres mit einem Federstrich zu Wege gebracht werden kann. Wer die Vorgänge auf den Lebensmittelmärkten und die behördlichen Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird zugeben müssen, daß die Regierung stellen, namentlich die unsere Landes-, so- wie es an ihnen lag, das Erdennächste getan haben, um der Auswucherung der Konsumenten entgegenzutreten. Das Schlimme ist, daß die Wucherer und Schieber eben immer wieder Mittel und Wege finden, um Gesetze und Vorschriften zu umgehen, und daß sie sich dabei der Mithilfe oder der Zulassung eines großen Teils der Bevölkerung erfreuen. Auch die Schwarz- und Wirtschaftsschlächter verwenden das Fleisch der widerrechtlich geschlachteten Tiere nicht für sich, sondern für ihre Abnehmer. Uebe einmal die gesamte Verbraucherenschaft kurze Zeit hindurch einen ethischen, freiwilligen Verzicht auf Fleisch, gleichviel welcher Herkunft, und würde jeder, der von einem verdächtigen Viehtransport nach der Grenze erfährt, oder von einem Fall von Fleischwucher Kenntnis erhält, der zuständigen Behörde Anzeige erstatten, so würden wir unsere Erachtens eher zum Ziele gelangen.

Im übrigen wird man sich auch bei dieser Gelegenheit wieder daran erinnern, wie oft und mit welchem Nachdruck feinerzeit der bayerische Minister des Innern, Rummele, vor einer verfrähten Aufhebung der Zwangswirtschaft gewarnt hat. Die Tatsache, daß heute zum Teil gerade auch aus solchen Kreisen, die früher so laut gegen Zwangswirtschaft und Rationierung protestierten, der Ruf nach behördlichem Einschreiten ertönt, bildet eine erneute Rechtfertigung der damals so heftig bekämpften Haltung des Ministers. Nur schade, daß die Einsicht auch hier wieder einmal viel zu spät kommt!

#### Brennholznot und Brennholzwucher.

Unter Aufzählung der Ende Februar von der Regierung beauftragten Richtlinien für den Brennholzverkauf hat ein großer Teil der Waldbesitzer, darunter vor allem die waldbesitzenden Gemeinden, das Brennholz auch in den letzten Wochen überwiegend an Händler abgesetzt. Infolgedessen wurden die Holzpreise weiter maßlos in die Höhe getrieben und die Versorgung der Gemeinden mit dringendem Brennholzbedarf unmöglich gemacht. Um der rückstuflosen Ausbeutung der Verbraucher entgegenzutreten, hat sich die Regierung nunmehr genötigt gesehen, unter grundsätzlicher Beibehaltung des Versteigerungsverbots den Genehmigungszwang für Brennholzverkäufe einzuführen. Durch besondere Weisungen an die Forstbehörden wurde, wie aus der diesbezüglichen amtlichen Mitteilung in der Mittwochsummer unseres Blattes hervorgeht, gleichzeitig Vorkehrungen getroffen, daß durch die Abgabe von Brennholz aus dem Staatswald regu- lierend auf die Brennholzversorgung eingewirkt wird, insbe- sondere dort, wo in Bedarfsgemeinden die Versorgung der wirtschaftlich schwächeren Kreise Not leidet.

Damit werden jedoch die Gemeinden nicht etwa der eigenen Mitwirkung bei der Brennholzbeschaffung entzogen, da die Forstbehörden, soweit es sich nicht um den Staatswald handelt, regelmäßig nur beratend und vermittelnd eingreifen können und eine Mitwirkung der Gemeinden er- zehende Zuweisung von Brennholz, wie zur Zeit der strengen Bewirtschaftung, nicht erfolgt. Die Gemein- den haben dort, wo die Verhältnisse es erfordern, weiter die Brennholzverteilung in die Hand zu nehmen. Es ist klar, daß die Gemeinden, die sich dieser Aufgabe entziehen, nicht erwar- ten können, daß ihnen die Forstbehörden bei der Holzbeschaf- fung an die Hand gehen. Sie besitzen übrigens durch die Be- kanntmachung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen und die Versorgungsregelung genügend Handhaben zu einer weitgehenden örtlichen Versorgungsregelung und haben sogar die Möglichkeit, auch auf die Händlerverträge zu greifen. Bedauerlicherweise sind auch die Maßnahmen, hinsichtlich der Gaholzverteilung zurückzuführen, fast durchweg unbeach- tet geblieben. Amtlich sind die Gemeinden darum u. a. nochmals ausdrücklich auf ihre Pflicht, von den ihnen nach der neuen Gemeindeordnung zustehenden Befugnissen den richtigen Gebrauch zu machen, aufmerksam gemacht worden. Das Ministerium des Innern wird im Benehmen mit der Forst- abteilung des Finanzministeriums Vorkehrungen treffen, daß keiner

Gemeinde Brennholz vermittelt wird, in der eine Brennholznot infolge des Unterlassens einer der Zeitverhältnissen entsprechenden Regelung des Gaholzbezuges (Abgabe in Natur nur zur Befriedigung nachgewiesener Bedürfnisse!) eingetreten ist. Die Waldbesitzer, namentlich die Gemeinden, werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, wenn sie sich künftig an die Verpflichtungen halten, die ihnen aus der Notlage der Bevölkerung erwachsen. Sie würden damit zugleich weitere und einschneidendere Maß- nahmen überflüssig machen.

## Deutscher Reichstag.

### Die Not der Zeitungen.

Im Reichstag stand gestern die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Versorgung der infolge der Annahme des Ultimatus der Entente entlassenen Soldaten des Reichs- heeres auf der Tagesordnung. Der Gesetzentwurf wurde nach kurzen Bemerkungen des Abg. Albrecht (M.S.P.) und des Reichswehrministers Gessler angenommen, anschließend auch in dritter Lesung.

Bei Beratung des Gesetzentwurfes über Änderungen der Reichsversicherungsgesetzgebung stellt Abg. Frau Behm (D.N.L.) mit Genugtuung fest, daß alle Parteien ohne Ausnahme sich für die Einbeziehung der Heim- arbeiterinnen in die Kranken-, Invaliden- und Unfallversiche- rung ausgesprochen haben.

Der Gesetzentwurf wird ohne Erörterung in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt der Antrag Löbe (Soz.), der, von den verschiede- nsten Parteien unterstützt, die Reichsregierung ersucht, möglichst beschleunigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Not der Zeitungen auf wirtschaftlichem Gebiet wirksam ge- steuert wird. Der Reichstag erwartet den Gesetzentwurf so rechtzeitig, daß die Beratung unmittelbar nach seinem Wieder- zusammentritt begonnen werden kann.

Abg. Löbe (Soz.): Während das Wirtschaftsleben Deutsch- lands sich in einer Scheinblüte befindet, sind in den letzten Monaten 170 Zeitungen und Zeitschriften eingegangen. Zu- nächst sind es die kleinen und mittleren Provinzblätter, lokale, bodenständige Blätter, die zum Teil auf eine lange Vergangen- heit zurückblicken. Ich erinnere an den Tod des Raubener Tagesblattes in seinem 150. Jahrgang. Diese Opfer sind ge- fallen, während der Papierpreis von 20 Pfg. im Frieden auf 7.80 M. im März d. J., bis zum April aber in einem Sprunge auf 12.80 M. sich erhöhte. Gibt es kein Mittel, die Katastrophe abzuwenden, und wenn nicht, was muß dann eintreten? Dann ist es nicht nur die Provinzpresse, die ihren Untergang findet, bei der kleinen Provinzpresse und auch bei größeren Organen drohen Gefahren. Gewiß werden nicht alle eingehen, aber die einen werden ihren Charakter ändern, die anderen in ungeheurer Weise verkümmern. Die großen deutschen Zeitungsunternehmen ohne Unterschied der Partei sind davon bedroht, daß sie zusammenschrumpfen, ihren kulturellen, politischen, geistigen, künstlerischen und literarischen Teil ein- schränken müssen, daß sie den Schriftstellern und Journalisten das Brot nehmen müssen. Die anderen Zeitungen, und das ist das schlimmste, werden zu Nebenbetrieben fremder Ge- werbe erniedrigt werden, sie werden von wirtschaftlichen Kon- zernen aufgekauft werden. So werden diese Zeitungen, deren politische Selbstständigkeit und deren Eigenart unser Stolz in Deutschland gewesen sind, nicht mehr repräsentanten selbstän- digen politischen Gruppen sein, sondern als Anhängel von Interessengruppen aufzefeuern. Dazu kommt das ständige Eindringen fremden ausländischen Kapitals in das Zeitungs- gewerbe. Parlament und Regierung müssen die ganze Trag- weite dieser Entwicklung übersehen und hier Einhalt tun. Wir dehnen unsere Entscheidung aus auf die Zeitungen und wollen die Regierung ermächtigen, bis zum Wiederzusam- mentritt des Hauses die bisher vorgeschlagenen Hilfsmittel in der Form gesetzgeberischer Maßnahmen zusammenzufassen.

Mancherlei ist vorgeschlagen: Eine Auslandszölle für deut- sches Papier. Nach Kosen und der Tischhofmann gehen große Mengen Papier. Die Papierindustrie behauptet, ohne die Ausfuhr nicht existieren zu können. Vielleicht lassen sich die hohen Auslandsgewinne für die deutschen Zeitungen nutz- bar machen. Ferner ist öffentliche Bewirtschaftung vorgeschla- gen, aber auch kleine Mittel, an denen wir nicht vorbeigehen dürfen, z. B. die Befreiung des Papiers in eine niedrigere Tarifklasse der Eisenbahn. Den weitaus größten Teil der Ge- stellungskosten des Papiers bildet das Holz. So lange uns die großen Wäldungen des Ostens in Polen und Ausland nicht erschlossen sind, muß vorgezogen werden, daß dieses wich- tige Holzprodukt für das Papier der Fabrikation unter ex- traordentlichen Preisen zugeführt wird. Sachverständige haben uns glaubhaft versichert, daß schon damit allein zwei Mark pro Kilo gespart werden könnten. Dabei handelt es sich um Holz aus privaten und staatlichen Wäldungen, und es ist be- greiflich, daß die Einzelstaaten, denen heute so viele Einkun- ftenquellen verschlossen sind, nur sehr zögernd herangehen, eine wichtige Einkommensquelle zu beschränken. Aber bei den exorbitant gestiegenen Holzpreisen müssen auch die Einzelstän- de sich überlegen, ob sie mit ihrer Politik nicht Raubbau treiben an einem Gute, das vielleicht unwiederbringlich ver- loren sein kann, wenn die Zeitungen eingegangen sind. Diese Tatsache sollte die Forstverwaltungen zwingen, den Zeitungen in der Not beizustehen, und Länder und Reich, an die ich gleichzeitig appelliere, mögen sie dazu veranlassen. Die Zeitungen können sich nicht über die schwere Zeit durch Export an Leben erhalten. Sie werden auch leider nicht überall als unentbehrlich angesehen und können ihre Preise nicht gleich- denen für die Rohstoffe erhöhen. Deshalb erheben wir unsere Stimme, um Reichstag, Reichsregierung und Landesregierungen vor dem Untergang eines Stückes Deutschlands zu warnen und bitten Sie, von der Bekämpfung allgemeiner Teil- nahme und Sympathie zu Handlungen abzurufen, um dies wichtige Gut für eine spätere Zeit hinüberzueretten. (Beifall)

Staatssekretär Birsch gibt namens der Reichsregierung die Erklärung ab, daß diese das Schicksal der deutschen Presse mit besonders lebhaftem Interesse verfolge. Sie ist sich der schwe- ren Gefahren bewußt, die die neueste Preissteigerung für die ganze politische und kulturelle Entwicklung des deutschen Vol- kes bedeutet. Noch vor Einsetzen der jetzigen Preissteigerung sind im ersten Vierteljahr dieses Jahres allein etwa 150 deut- sche Zeitungen eingegangen, d. h. in drei Monaten ein Fünf- undzwanzigstel der deutschen Zeitungen überhaupt. Die Ver- sicherung ist nicht von der Hand zu weisen, daß beim Anhalten der Preissteigerung dieser Zusammenbruch in verstärktem und beschleunigtem Maße vor sich gehen wird. Wohl ist die Preissteigerung im wesentlichen durch die allgemeine Teuerung bedingt, und gewiß werden Verleger wie Leser sich an eine anderweitige Bemessung des Bezugspreises für Zeitungen ge- wöhnen müssen. Dieser Übergang ist aber für die deutsche Presse besonders schwierig, und die Reichsregierung wird des- halb alles, was angesichts der schwierigen Wirtschaftslage ver- tretbar erscheint, tun, um diesen Übergang zu erleichtern. Die Regierung ist überzeugt, daß eine vielfältige, überall weit- verbreitete Tagespresse eine kulturelle Notwendigkeit für die deutsche Entwicklung ist. Die jetzige Preiswelle wird die Ge- fahr, daß ähnlich wie in anderen Staaten eine Uniformierung

der öffentlichen Meinung durch wenige große Unternehmungen eintreten kann, daß die öffentliche Meinung leicht in die Ge- fahr kommen kann, einseitigen Interessen dieser Unterneh- mungen dienstbar gemacht zu werden, und sie hält es für drin- gend notwendig, diesem Prozeß entgegenzuwirken. So weit es im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsentwicklung möglich ist. Das gilt namentlich auch für die besetzten Gebiete, wo nicht nur die Teuerung noch schneller vor sich geht, sondern wo auch die Presse ganz besonders große nationale Interessen zu wahren hat, die bisher von der überwältigenden Mehrheit der Presse in den besetzten Gebieten, nicht immer ohne Gefahr in vorbildlicher Weise vertreten worden sind. Die kommenden Sommermonate sind ohnehin für die Zeitungen die wirtschaft- lich schwierigste Periode. Die Reichsregierung ist deshalb bereit, zu tun, was angesichts der allgemeinen Wirtschaftslage und der Finanzlage irgendwie vertretbar ist. Sie ist insbe- sondere bereit, auf dem Boden des heute vorgelegten Antrages der Parteien zu treten und die Möglichkeit und Wirksamkeit der verlangten gesetzlichen Maßnahmen in enger Fühlung- nahme mit den beteiligten gesetzgebenden Körperschaften zu prüfen, und schnellstens zu fördern. Inzwischen ist die Reichs- regierung aber darüber hinaus bereit, schon die verwaltungs- mäßig möglichen Maßnahmen, über die in den Ausschüssen bereits eine gewisse Einigkeit erzielt worden ist, insbesondere auf dem Gebiete der Tarifpolitik und hinsichtlich der Heran- ziehung von Ausführgewinnen zur Verbilligung im Innern schon vor Einbringung der im Antrage geforderten Vorlage vorzunehmen. Angesichts der gesamten Wirtschaftsentwicklung muß zwar in erster Linie die wirtschaftliche Selbsthilfe stehen. Soweit diese nun nicht ausreicht, sind die Reichsregierung und die gesetzgebenden Körperschaften im Rahmen der wirtschaft- lichen Möglichkeiten bereit, gemeinsam mit den Vertretern aller beteiligten Berufsstände durch geeignete Maßnahmen da- hin zu wirken, daß die Presse auch künftig in der Lage sei, ihre überaus wichtigen, politischen, kulturellen und wirt- schaftlichen Aufgaben in einer Weise zu fördern, welche die Eigenart ihrer bisherigen Entwicklung wahr und erhält. Der Antrag Löbe wird einstimmig angenommen.

### Schupo und Technische Nothilfe.

Es folgt die Weiterberatung des Etats des Reichsamtes des Innern bei der Gruppe „Polizei und Technische Nothilfe.“

Abg. Bernat (D.N.L.) wendet sich gegen die zersetzenden An- zeichen, die bei der Schupo zutage treten und macht die Po- lizeiverbände und namentlich den Leiter der Schupo, Geheim- rat Albez, dafür verantwortlich. Beim Eisenbahnerstreik, wie beim Kellnerstreik habe die Schupo gemeinsame Sache mit den Streikenden gemacht und selbst die Technische Nothilfe be- schimpft. Disziplin und Gehorsam müssen wieder hergestellt werden, statt dessen fordert die Entente die vollkommene Ent- waffnung der Polizei. Sollen wir uns etwa mit Stößen und Schlägen gegen bolschewistische und spartakistische Umtriebe wehren?

Abg. Aufhäuser (U.S.P.) gibt der Freude darüber Ausdruck, daß trotz des Drills bei der Schupo das Bewußtsein wachse, zum Proletariat zu gehören. Die Technische Nothilfe ist nichts als eine organisierte Garde gegen den inneren Feind. Genau, wie die wieder aufgelebten früheren gelben Gewerkschaften, ist sie dazu bestimmt, die Arbeiterklassen in den Knechten zu fallen. Dabei ist sie vollkommen überflüssig und richtet, wenn sie an- gesetzt wird, mehr Schaden als Nutzen an.

Inzwischen ist ein Antrag der Rechtsparteien eingegangen, der Sachfen die Zuschüsse für die Schupo polizei beseitigen will, solange dort nicht das Kommissariat beseitigt ist.

Ein Antrag der Linksparteien will Bayern die Zuschüsse streichen, solange Bayern nicht aufhöre, die Wärdergentrale zu sein.

Abg. Schreiber (Z.) bezieht die Frage der Polizeikommissa- riate für die Schupo polizei Sachfen als tatsächliche revisionsbe- dürftig. Freuen habe hier solcher Kommissare, Sachfen dage- gen zwölf. Die Technische Nothilfe betrachtet auch er nicht als ideal, sondern als wirklichen Nothelfer.

Der sächsische Geandte Dr. Gradnauer wendet sich gegen die Behauptung, als ob Sachfen nicht mehr als drei Kommissare haben dürfte. Die Auswähl der Lehrer für den staatsbürger- lichen Unterricht der Schupo geschieht lediglich nach pädagogi- schen Rücksichten ohne Prüfung der Parteizugehörigkeit.

Abg. Marek (D. Sp.): Die Polizei muß besonders in schweren Tagen, wo Streiks lebenswichtige Betriebe bedrohen, eine zuverlässige Stütze der Regierung sein. In Charlotten- burg und Lichtenberg mußten beim letzten Streik Polizei- mannschaften als unzuverlässig zurückgezogen werden, sonst aber hat die Berliner Polizei ihre Pflicht erfüllt. Überall, wo der Schraderverband Anhänger hat, verlagert die Polizei. In Sachfen würde bei einem Unruhschub die Polizei sofort auf der Seite des Proletariats stehen.

Preussischer Minister des Innern Severing: Angriffe gegen die preussische Schupo sind an meine Adresse zu richten. Wenn das „System Albez“ für Ruhe und Ordnung sorgt, so bin ich für dieses System. Der Abg. Bernat vertritt aber nichts davon. Die Disziplin müßte besser sein, die unverantwortliche deut- sch-nationale Hege ist aber schuld daran, daß es noch nicht soweit ist. Für die Disziplinlosigkeit werden die Verbände verant- wortlich gemacht, und namentlich der Kontrastkampf der einzelnen Verbände unter sich. Auch ich verurteile die Samm- lungen der Schupo beim Streik; aber andere Beamte haben auch gesammelt. Das Ziel, auf das es ankommt, sowohl die streikenden Arbeiter und Beamten in Schach zu halten, als auch die Nichtstreikenden nicht zu verheizen, ist erreicht. Dazu haben die Zivilkommissare beigetragen, die sich überhaupt in Berlin ausgedehnt bemüht haben. Sind wir aber erst zur vollen Ordnung zurückgekehrt, dann können wir auf sie durch- weg verzichten.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Man darf nicht sagen, die Schupo- polizei ist Landesache, nur bei einer sozialistischen Regierung ist sie Reichsache. Wir müssen objektiver sein. Die Reichs- regierung muß Einfluss auf die Schupo polizei behalten.

Minister des Innern Dr. Köster: Die Einrichtung der Zi- vilkommissare ist Landesache. Das Reich kann Freuen und Sachfen über die Polizeimethoden keine Vorschriften machen. Ein Reichsrahmengesetz über die Schupo polizei wird alsbald vorgelegt werden. Die Technische Nothilfe ist nur ein Instru- ment für wirklichen Nothand. Sie soll nur da eingesetzt wer- den, wo die Arbeiterschaft Nothandarbeiten nicht ausführt. Die Nothilfe müßte selbst, bald überflüssig zu werden. Mi- litärischer Charakter hat sie nicht.

Abg. Mollenhuth (Soz.): Auch wir betrachten die Technische Nothilfe als eine vorübergehende Einrichtung. Wir lehnen die einmaligen Ausgaben für die Nothilfe ab, um damit auszu- drücken, daß wir aus ihr keine dauernde Einrichtung machen wollen.

Abg. Thomas (Komm.) hält eine lange Rede gegen die Tech- nische Nothilfe, der er vortritt, um die deutsche nationale Ver- teilung zu sehen und beim letzten Eisenbahnerstreik einen Schaden von 157 Millionen Mark angerichtet zu haben.

Nach mehrstündiger weiterer Debatte vor fast leerem Hause an der sich die Abg. Dr. Streiter (D. Sp.), Dr. Wösch (Unabh.) und Dismann (Komm.) beteiligten, werden die An- träge der Kommunisten auf Streichung der Ausgaben für Po- lizei und Technische Nothilfe abgelehnt. Die Abstimmung über



die Notwendigkeit der Regierungskommission bei der Gruppe über die einmaligen Ausgaben für die Technische Hochschule bleibt zweifelhaft und wird zurückgestellt. Die Etatforderungen für die Gruppe Kriegergräberfürsorge werden ohne Debatte bewilligt. Beim Reichsamt für Ein-, Aus- und Rückwanderung erhebt Abg. Dr. Everling (D. Rp.) Einspruch gegen die schamlose Propaganda für die französische Fremdenlegion und fordert die Presse auf, hier mehr aufklärend zu wirken. Bei den einmaligen Ausgaben fordert Abg. Becker (Soz.) die Zentralisation der Flüchtlingsfürsorge in Oberschlesien unter Hinzuziehung von Personen, die mit dem Volke Fühlung haben.

Minister Dr. Müller betont, daß das Reich praktisch mit dieser Sache nichts zu tun habe und die Regierung neben dem Meinen Streben mit der Sache befaßt sei. Es seien aber Vorarbeiten im Gange, um die Zentralisation herbeizuführen, bei der auch das Reich beteiligt sei.

Der Rest des Etats des Innern wird nunmehr erledigt. Ebenso das Diätengeld für die Reichstagsabgeordneten, durch das die Diäten auf monatlich 5000 Mark festgesetzt werden.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung soll eine Interpellation der deutschen Volkspartei gestellt werden über französisch-englische Verhandlungen, betreffend die Autonomie des Rheinlandes als Gegenleistung für die Zurückziehung der Besatzungstruppen.

Präsident Ebe bemerkt, daß die nächste Sitzung nicht nach dem 2. Mai angesetzt werden soll, bittet aber um Ermächtigung für eine eventuelle frühere Einberufung, falls dies nötig werden sollte. Der Präsident weist sodann auf die bevorstehende Konferenz von Genoa hin, an der zum erstenmal gleichberechtigte deutsche Vertreter mitwirken würden. Ohne überschwengliche Hoffnungen wünsche er der Tagung guten Erfolg, aber niemand verhehle sich, daß das Ziel der Gefundung nicht erreicht werden kann, solange man um das Zentralproblem herumgeht, solange man außer Erörterung stellt die Erleichterung der ungeheuren Reparationslasten und die Revision des Versailler Vertrages. — Diese Tage sollen unieren Volksgliedern Erholung bringen. Die erdrückende Mehrheit wird behindert durch Sorgen und die ständig anwachsende Preissteigerung. Wir rufen den Staatsmännern zu, daß sie bei ernster Arbeit sich besinnen müssen, damit die Verewaltung der Völker an nicht erneut in Katastrophen führt. (Lebhafter Beifall). — Schluß 9 Uhr.

## Politische Neuigkeiten.

### Der Reichspräsident gegen den Raub der Weichseldörfer.

Grz. Durch den ostpreussischen Vertreter beim Reichs- und Staatsministerium ist dem Reichspräsidenten eine Entschliessung der nach Berlin entsandten Deputation in Sachen der deutsch-polnischen Weichselgrenzfrage erreicht worden. Der Reichspräsident hat nunmehr dem ostpreussischen Vertreter folgendes Schreiben zugehen lassen:

„Von der mir übermittelten Entschliessung der Deputation der West- und Ostpreußen in Sachen der polnisch-deutschen Weichselgrenzfrage habe ich gern Kenntnis genommen. Ich freue mich, daß die Verhandlungen mit den Reichs- und Staatsbehörden zur Zufriedenheit verlaufen sind, und ich bitte Sie, der Deputation die Versicherung zu übermitteln, daß die Reichsregierung nicht aufhören wird, mit allen Kräften unser Recht auf die bedrohten Weichseldörfer zu verteidigen. Die Bande, die die Ostpreußen mit dem übrigen Deutschland verknüpfen, sind untrennbar.“

Ich habe die Entschliessung der Deputation der Reichs- und Staatsregierung zur Kenntnis zugehen lassen. gez. Ebert.“

### Ernährungsfragen.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand gestern unter dem Vorsitz des Reichsministers Fehr eine Konferenz mit Vertretern der Landwirtschaft statt, wobei der Gegenstand die Getreidebewirtschaftung für das kommende Wirtschaftsjahr war. Der Minister bedauerte, daß diese Besprechung bis jetzt habe verschoben werden müssen und betonte, er werde sich betreiben, diese und die übrigen für die Erzeugung und Ernährung in Deutschland wichtigen Fragen in enger Fühlungnahme mit der Landwirtschaft zu regeln. Der Standpunkt der jüngsten Konferenz mit den Ernährungs- und Landwirtschaftsministern der Länder war, daß die völlig freie Getreidebewirtschaftung für das nächste Jahr nicht möglich sei, was mit der Auffassung der Reichsregierung übereinstimme. Hinsichtlich der Getreidebewirtschaftung hoffe er, mit der Landwirtschaft zu einem erzieherischen Ergebnis zu kommen, dagegen werde man bei den Kartoffeln mit einer Umlage oder sonstigen öffentlichen Bewirtschaftungsform nicht zum Ziel kommen, da hier weit größere technische Schwierigkeiten beständen und die Kommunalverbände auch nicht in der Lage und bereit seien, das finanzielle Risiko einer Kartoffelbewirtschaftung zu übernehmen. Man werde an Lieferverträge und direkte Verbindungen von Produzenten und Verbraucherorganisationen denken müssen. Die sachliche Besprechung ist durch ein Referat des Präsidenten der Reichsgetreidestelle eingeleitet worden, der darauf aufmerksam machte, daß die Zuschüsse des Reiches im kommenden Wirtschaftsjahr vollkommen wegfallen und eine Verteuerung des Brotes schon hierdurch eintreten wird. Durch die gleichzeitige Beseitigung der Erzeugung bestimmter Mengen zu Preisen, die unter dem Weltmarktpreis liegen, werde die Möglichkeit genommen, einen stabilen und erträglichen Preis zu schaffen.

In der Aussprache betonten die meisten Redner, daß eine Fortführung der Umlage für die Landwirtschaft unerträglich sei, wobei insbesondere darauf verwiesen wurde, daß hier eine ganz einseitige Belastung eines Berufsstandes vorliege, bis einer Sondersteuer gleichkomme. Im ganzen ergab die Aussprache trotz des allgemein ablehnenden Standpunktes der Landwirtschaft gegenüber der Umlage, daß die Vertreter bereit seien, in Einzelörterungen einzutreten und an Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide mitzuarbeiten. Es wurde eine besondere Kommission eingesetzt, die bereits nächste Woche zusammentreten wird.

## Kurze polit. Nachrichten.

\* Die Antwort auf die Reparationsnote. Der auswärtige Ausschuss des Reichstages trat gestern zusammen, um die Richtlinien der Antwort auf die Reparationsnote zu erörtern. Reichsminister Dr. Wirth, Außenminister Rathenau und Staatssekretär Simson gaben Erklärungen ab. Es anzuheben sich dazu die Abg. Dr. Gelferich (D. Natl.), Dr. Stresemann (D. Rp.), Dernburg (Dem.), Gothein (Dem.), Daus (D. Rp.) und Spinn (D. Rp.); von der Reichsregierung waren außerdem anwesend der Vizekanzler Bauer und der Reichswirtschaftsminister Schmidt.

\* Genehmigung der Steuererhöhung durch den Reichsrat. Der Reichsrat hat heute das Mantelgesetz mit den 14 neuen Steuererhöhungen einschließlich des Branntweinmonopolgesetzes in der vom Reichstage beschlossenen Fassung genehmigt.

\* Die Delegiertenversammlung des Deutschen Beamtenbundes billigte mit Zweidrittelmehrheit die bisherige Politik des Vorstandes, die den Streik verurteilt.

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

DZ. Karlsruhe, 7. April.

Im weiteren Verlaufe der heutigen Sitzung berichtete Abg. Müller (Zentr.) von den Ausschussverhandlungen über einen Antrag des Abg. Schmidt-Bretten (D. Natl.) betr. die Aufhebung der Postagenturen und stellte folgenden Antrag: Die Regierung wolle bei der Reichsregierung dahin wirken, daß bei Aufhebung von Postagenturen in Baden die örtlichen Verhältnisse berücksichtigt werden, die Aufhebung in allen Teilen des Reiches gleichmäßig durchgeführt und keine Agentur aufgehoben wird, ohne gleichzeitige Errichtung einer Posthilfsstelle. — Der Antrag wurde einstimmig gutgeheißen. Nach Erledigung zweier Gesetze begründet

Abg. Seubert (Zentr.) eine förmliche Anfrage wegen der Schädigung badischer Kleinrentnerinteressen durch das Branntweinmonopol. Finanzminister Köppler verwies auf die Bestimmungen der süddeutschen Staaten, es bei den derzeitigen Vorschriften zu belassen. Nach anfänglichen Widersprüchen von Seiten der Reichsregierung sei es gelungen, die badischen Wünsche im wesentlichen durchzubrüden. Hinsichtlich der Stoffbrenner bleibt es bei dem bisherigen Zustand. Die Abfindungsgrenze wurde vom Reichstag auf 3 Hektoliter festgesetzt. Wir haben von Anfang an 4 Hektoliter verlangt. Der Widerstand hiergegen sei aber in dem Maße gewachsen, als der Anflug der Schwarzbrennerei zugenommen habe. Die Befürchtungen für den Fall, daß unsere Warnungen ungehört verhallen, haben also nicht getäuscht. Die Regierung glaubt, in Wahrung der Rechte der Klein- und Abfindungsbrenner ihre Pflicht voll getan zu haben und gegenteilige Vorwürfe unberechtigt sind. (Zustimmung.)

Nach längerer Debatte wurde gegen die Stimme des kommunistischen Abg. Gähler und bei Stimmenthaltung des unabhängigen Abg. Freidhof ein Antrag angenommen, wonach sich der Landtag von den Darlegungen des Ministers befriedigt erklärt.

Nächste Sitzung: Dienstag den 25. April, nachmittags 2 1/2 Uhr. Justizetat. Schluß nachmittags 2 Uhr.

### Verhältniswahl bei den Dienststellenausschüssen.

Ein solcher Antrag wurde im Haushaltsausschuß des Landtags von der Zentrumsgruppe eingebracht und von den übrigen Parteien abgelehnt, nachdem ein demokratischer Redner über die Dienststellenausschüsse Klage geführt hatte.

Der Unterrichtsminister — es handelte sich um den Vorschlag für das Ministerium des Kultus und Unterrichtes — wies allerdings darauf hin, daß die Bestimmungen über die Dienststellenausschüsse für die gesamte badische Staatsverwaltung gelten; das Unterrichtsministerium habe besondere Vorschriften über die Dienststellenausschüsse nicht herausgegeben.

Der Haushaltsausschuß erklärte dann, daß nicht nur bei den Dienststellenausschüssen, welche der Unterrichtsverwaltung unterstehen, sondern bei allen Dienststellenausschüssen die Wahlen der Vertreter nach der Verhältniswahl stattzufinden haben. Ein demokratischer Redner gab zu bedenken, daß durch Zersplitterungsbestrebungen Vorstoß geleistet werde.

DZ. Die Kommunisten und Unabhängigen haben im Landtag eine förmliche Anfrage wegen des Mannheimer Metallarbeiterstreiks eingebracht.

### Papierholzausfuhr.

Der Verein süddeutscher Zeitungverleger bemüht sich, der Anhebung der Papierfabrikanten folgend, wegen der Ausfuhr einer verhältnismäßig geringen Menge Papierholzes in der Presse lebhaft Vorkämpf zu machen. Er meint, wenn auch die Bemühungen des Staates, die Salutschulden einiger Gemeinden zu mildern, Anerkennung verdienen, so könne damit die Ausfuhr einer „sehr erheblichen Menge“ Papierholzes nicht gut geheissen werden. Die Milch-Salutschulden der badischen Gemeinden belaufen sich auf 3 Millionen Franken; es sind aber noch weiterhin 3 Millionen Franken Salutschulden der badischen Viehzüchterverbände vorhanden. Nach jahrelangen Quälereien müssen der Staat und das Reich nun den verschuldeten öffentlich-rechtlichen Körperschaften Ausführungsgewinnmöglichkeiten schaffen, denn auch die Einfuhr von Milch und Vieh während des Krieges geschah nicht des Bergnügens wegen. Andere Waren auszuführen, ist infolge der von der Schweiz erlassenen Einfuhrsperre zur Zeit einfach nicht möglich; Schuldenzinsen aber müssen fristgemäß bezahlt werden.

Wenn nun der Verein süddeutscher Zeitungverleger schreibt, es bleibe bestehen, daß durch die Papierholzausfuhr des badischen Ministeriums des Innern die Papierfabrikation Süddeutschlands schwer geschädigt worden sei, so ist das einfach eine recht übertriebene Behauptung. Es ist noch gar nicht so lange her, daß durch das Dazwischentreten der badischen Regierung die durch Privatunternehmer getätigte Ausfuhr von Papierholz eingestellt wurde. Auch liegt die Zeit gar nicht lange zurück, wo das in Baden anfallende Papierholz teilweise als Grubenholz nach den Kohlenrevieren abtransportiert werden mußte, weil die Papierfabriken sehr stark vorerfüllt sind, wobei auch gar nicht verschwiegen bleiben soll, daß diese Einbindung zu Einstandspreisen geschah, die weit unter jenen liegen, die man zur Zeit für die Papierpreiskalkulation einseht. Aus den Bilanzen der Papierfabriken und aus der Höhe der von diesen gemachten Geschäftsgewinne läßt sich viel besser die Frage beurteilen, westwegen die Papierpreise so abnorm hoch sind. Die Ausfuhr von Papierholz ist gewiß nicht schlimmer als jene von Zeitungspapier durch die Papierfabriken; dabei aber wird das Holz unter strengster Beobachtung der Vorgänge auf dem Holzmarkt und eines in Aussicht stehenden stärkeren Holzbedarfes in die Wege geleitet.

Im übrigen wäre, wenn das Holz zum Nutzen von Privatinteressen ausgeführt werden würde, kaum remonstriert wor-

den, was immer zu beobachten ist, sobald der Staat in seiner Not das tut, was in einer solchen Situation für sich zu tun Privatunternehmer als ganz selbstverständlich ansehen dürfen. Der Landtag wird demnächst über den Stand der Abdeckung der Salutschulden in Form einer Vorlage unterrichtet werden. Bei dieser Gelegenheit läßt sich über die „Ungeheuerlichkeit der Papierholzausfuhr“ mancherlei sagen, was dem Kritikern gewiß zum Troste gereichen wird.

### Aufgefundenes Geld.

Es wurde aufgefunden im Monat März; am 12.: im Zug 488 ein Geldbeutel mit 22.10 M., abgeliefert in Zugenhausen; am 15.: im Zug 1675 der Betrag von 100 M., abgeliefert in Säckingen; im Bahnhof Mannheim der Betrag von 100 M.; am 17.: auf dem Bahnhof Mannheim der Betrag von 20 M.; am 18.: auf dem Bahnhof Basel Bad. eine Geldtasche mit 96 Mark; im Zug 1428 der Betrag von 20 M., abgeliefert in Hornberg; am 19.: im Zug 1643 ein Geldbeutel mit 8.10 M., abgeliefert in Basel Bad.; im Zug 153 der Betrag von 52 M., abgeliefert in Triberg; auf dem Bahnhof Steinbach der Betrag von 20 M.; am 20. auf dem Bahnhof Thayingen der Betrag von 20 M.; im Zug 1530 eine Mappe mit 80.50 M., abgeliefert in Freiburg i. B.; am 22.: im Zug D 270 ein Geldbeutel mit 210 M., abgeliefert in Basel Bad.; am 25.: im Zug 2326 der Betrag von 28 M., abgeliefert in Forstheim; auf dem Bahnhof Karlsruhe der Betrag von 22 M.; am 26.: auf dem Bahnhof Basel Bad. eine Tasche mit 70.25 M. und 5 Franken; im Zug D 76 ein Geldbeutel mit 173.55 M., abgeliefert in Basel Bad.; am 30.: auf dem Bahnhof Bruchsal der Betrag von 6 M.; am 31.: auf dem Bahnhof Freiburg i. B. eine Mappe mit 101.50 M.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

Das Schulgeld an den höheren Lehranstalten. Vom Beginn des Schuljahres 1922/23 ab wird das Schulgeld an den Gymnasien auf jährlich 450 M. für die sechs unteren Klassen, auf jährlich 630 M. für die drei oberen Klassen festgesetzt. Bei Schülern, deren Eltern nicht in Baden ihren Wohnsitz haben, wird hierzu ein Zuschlag von 50 Prozent, bei Ausländern ein solcher von 100 Prozent erhoben.

DZ. Das Gesen- und Verordnungsblatt Nr. 27 veröffentlicht das Gesetz über die Majolitanufaktur und die Verordnung betr. die Kosten der Verpflegung von Kranken in den psychiatrischen Kliniken zu Heidelberg und Freiburg.

### Verkehrshemmnisse.

Gesperrt ist Annahme von Eil- und Frachttüchtigkeit sowie Sammeladungen nach allen Bahnhöfen in Brühl, Scherberg und Lacken.

DZ. Eine neue Bauernvereinigung. Wie der „Bad. Landmann“ erfährt, fanden sich dieser Tage in Durlach eine Anzahl Kleinbauern aus verschiedenen Bezirken des Landes zusammen und gründeten den „Badischen Bauernverband“. Zum Präsidenten wurde Hans Keller aus Durlach gewählt. Die Mitglieder des neuen Verbandes setzen sich in der Hauptsache aus Kleinbauern zusammen, die bisher im Badischen Bauernverein organisiert waren, der nach ihrer Meinung aber die Kleinbäuerlichen Interessen nicht genügend vertreten habe.

### Aus der Landeshauptstadt.

DZ. Volk in Not. Im deutschen Volke wächst von Tag zu Tag mehr das Verständnis des Wertes turnerischer und sportlicher Übungen für den Wiederaufbau des Vaterlandes. So war denn auch die Veranstaltung des Stadtausschusses für Leibesübungen und Jugendpflege im Konzerthaus ein voller Erfolg. Das Haus war bis auf den letzten Platz gefüllt, alle Stände, Jung und Alt, besonders aber die Jugend war vertreten. Professor Ballweg begrüßte die Erschienenen mit herzlichen Worten, führte u. a. aus: Volk in Not ist der Bedruck, mit dem wir Sie heute Abend zusammengerufen haben. Unser Volk ist in Not durch den langen Krieg mit seinen Begeht- und Folgeerscheinungen gekommen. Mit allen Mitteln heißt es nun, dem Sinken unserer Volkskraft Einhalt zu gebieten. Dazu sind in erster Linie die Leibesübungen berufen, die zum Allgemeinwohl des Volkes werden müssen, in immer weitere Kreise unseres Volkes muß die Überzeugung dringen, daß in der körperlichen und sittlichen Erziehung die Wurzeln unseres Wiederaufstiegs liegen. Aus uns selbst heraus wird uns Hilfe in der Not erlösen. Dr. Diem, der Generalsekretär des Reichsausschusses für Leibesübungen, sprach in längerem Vortrag über die Grundzüge der körperlichen Erziehung. Seine fesselnden Darlegungen wurden unterstützt von Lichtbildern und praktischen Vorführungen durch einen jungen Turner. Ein gemischter Schülerchor sang mit guter Schwingung schöne Vaterlandslieder. Die Musterriege des Athletiksportklubs fand mit ihren exakten Vorführungen viel Beifall und eine Mädchenabteilung des Karlsruhe Turnvereins 46 entzückte durch liebliche Reigenpiele.

Der Badische Lehrerverein hält vom Montag den 10. bis Mittwoch den 12. April in unserer Stadt seine diesjährige Vertreterversammlung und allgemeine Mitgliederversammlung ab. Die Vertreterversammlung beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Umgestaltung des Geschichtsunterrichts und mit der Frage der Förderung der Kulturaufgaben des Volksstaates durch die Landschule. In einer öffentlichen Hauptversammlung spricht am Dienstag den 11. April, vormittags 10 Uhr, in der Festhalle Herr Minister a. D. Seufert-Presden über die zukünftige Lehrerbildung.

DZ. 60 Millionen anleihen. Der Stadtrat hat die Aufnahme von Anleihen bis zum Betrage von 60 Millionen Mark zur Deckung der vom Bürgerauschuß bereits bewilligten oder noch zu bewilligenden Ausgaben beschlossen.

Volkshühne Karlsruhe. Man schreibt uns: Die Einzeichnung für das dritte Quartal 1921/22 (April—Juni) hat die erfreuliche, ganz unerwartete Zunahme von 2200 Karten ergeben, so daß die Volkshühne nunmehr 10 700 Besucher hat. Da aber die Vereinbarung mit dem Landestheater nur sieben Vorstellungen jeder Reihe vorsieht und diese bereits durch die Besucherzahl des abgelaufenen Quartals vollständig ausverkauft waren, so ist die Leitung der Volkshühne vorerst nicht in der Lage, die neuangemeldeten mit Karten zu beliefern, da eine Steigerung der Vorstellungszahl der Intendant des Landestheaters große Schwierigkeiten bereitet. Doch ist begründete Aussicht, daß die von der Volkshühne geführten Unterhandlungen dazu führen werden, daß auch die neuangemeldeten berücksichtigt werden können, und zwar dadurch, daß Vorstellungen an Sonntagnachmittagen stattfinden sollen. Die Entscheidung hierüber ist in nächster Zeit zu erwarten.

DZ. Das Schwurgericht verhandelte im letzten Falle gegen den 22 Jahre alten Tagelöhner Wilhelm Kuhweiler aus Wilsbergingen wegen eines im August v. J. an einer 60jährigen Frau verübten Raubverbrechens. Unter Zuziehung mildernder Umstände wurde auf eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, abzüglich 6 Monaten Untersuchungshaft, und 6jährigen Ehrverlust erkannt.



Gestern abend 9 Uhr entschlief sanft nach schwerem Leiden infolge Lungenentzündung, versehen mit den heiligen Sterbesakramenten, unser lieber, guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel

## Herr Dr. Josef Helm

Rechtsanwalt und Altstadtrat im 69. Lebensjahre.

Heidelberg (Bergstr. 66), Freiburg i. B., Bensheim, Mainz, Luzern, Aachen, den 7. April 1922.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:  
Friedrich Helm, Erzbischöflicher Hofkaplan.  
Maria Helm.

Die Beerdigung findet statt: Sonntag, den 9. April, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof im Stadtteil Neuenheim.

Die feierlichen Exequien werden abgehalten in der St. Rafaelkirche Montag, den 10. April, 9<sup>1/2</sup> Uhr.

## Festhalle

Dienstag, 11. April 1922, vorm. 10 Uhr

### Öffentliche Hauptversammlung des Bad. Lehrervereins

Herr Unterrichtsminister u. Seminarleiter a. D. Dr. Schfert-Dresden spricht über:

#### Die Neugestaltung der Lehrerbildung.

Hierzu sind Freunde und Gönner der Schule höflichst eingeladen.

Der Ortsausschuß.

Altes Silber u. Gold Platin Brillanten

kauft zu allerhöchsten Preisen 9.58

## Emil Feißkohl

Juwelier

Karlsruhe. Kaiserstraße 67.

Bei der heute öffentlich bewirkten Auslosung der am 1. Oktober 1922 zur Rückzahlung gelangenden Serie der auslosbaren 5zinsigen Schabanweisungen des Deutschen Reichs von 1917

ist die Serie V (Baus)

gezogen worden.

Die Besitzer der zu dieser Serie gehörigen Schabanweisungen werden aufgefordert, die am 1. Oktober 1922 fälligen Kennbeträge dieser Schabanweisungen gegen Quittung und Rückgabe der Schulburlunden und der nach dem Zeitpunkt der Rückzahlung fällig werdenden Zinscheine Nr. 11 bei der Staatsschuldentilgungskasse in Berlin W. 8, Raubenstraße 29, zu erheben. Diese Kasse ist werktäglich von 9 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags geöffnet.

Die Einlösung geschieht auch bei den Reichsbankanstalten außerhalb Berlins. Die Wertpapiere können schon vom 1. September 1922 an diesen Stellen eingereicht werden, die sie der Staatsschuldentilgungskasse zur Prüfung vorzulegen und nach der Feststellung die Auszahlung vom 2. Oktober 1922 an zu bewirken haben.

Der Einlösungsbetrag kann bei den Vermittlungsstellen außerhalb Berlins nur dann mit Sicherheit am Fälligkeitstage abgehoben werden, wenn die Schabanweisungen der Vermittlungsstelle wenigstens zwei Wochen vorher eingereicht werden.

Der Betrag der etwa fehlenden Zinscheine wird vom Kapital zurückbehalten. Mit dem Ablauf des 30. September 1922 hört die Verzinsung der ausgelosten Schabanweisungen auf.

Vordrucke zu den Quittungen werden von sämtlichen Einlösungsstellen unentgeltlich verabfolgt.

Von den bereits ausgelosten Schabanweisungen der Serien IV, VI und VII ist eine große Anzahl noch nicht zur Einlösung vorgelegt worden. Die Inhaber werden aufgefordert, sie zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes schleunigst einzulösen.

Die Einlösung der Schabanweisungen hat nach den Vorschriften der §§ 1 bis 3 der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 24. Oktober 1919 (R.G.B. S. 1820) zu erfolgen. Nichtbankiers haben daher den Wertpapieren ein vom Finanzamt bestätigtes Stückerzeugnis (§ 3 der Verordnung) beizufügen. Berlin, den 5. April 1922. M. 797 Reichsschuldenverwaltung.

### Ämtliche Bekanntmachungen.

#### Brennholzversorgung betr.

Durch die Verordnung des Ministeriums des Innern über den Verkehr mit Brennholz vom 1. April 1922 (Gef. u. R.-Bl. S. 297) ist unter Aufrechterhaltung des Verbotens für den Verkauf von Brennholz eine Genehmigungspflicht für den Verkauf von Brennholz aus Gemeinde- und Körperschafts-, sowie aus grund- und standesherrschaftlichen Waldungen eingeführt worden. Der Genehmigung bedürfen ferner der Verkauf von Brennholz aus sonstigen Privatwaldungen, soweit es sich um den Absatz eines Jahreshiebsergebnisses von mehr als 50 Ster handelt, sowie der Verkauf von Holz auf dem Stock allgemein und der Verkauf von Brennholz, der durch den Käufer von Holz auf dem Stock getätigt wird. Die Genehmigung ist auch für die vor Inkrafttreten der Verordnung abgeschlossenen Verläufe von Holz auf dem Stock erforderlich, soweit das Holz zu diesem Zeitpunkt noch nicht aufbereitet ist. Zweck Einholung der Genehmigung ist der Kaufvertrag von dem Verkäufer dem für den Hiebort forstpolizeilich zuständigen Forstamt vorzulegen. Verläufe, welche die erforderliche Genehmigung nicht erhalten haben, sind unzulässig. Wird Brennholz ohne die erforderliche Genehmigung abgesetzt, so kann die Forstbehörde dem Verkäufer einen Abnehmer zuweisen. Zuwiderhandlungen gegen die Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 15000 Mk. bestraft. M. 819 Karlsruhe, den 6. April 1922. Bezirksamt Nr. 11.

#### Impfung betr.

Die unentgeltliche Impfung der Kinder der Stadt Karlsruhe (einschließlich der Stadtteile Mühlburg, Daxlanden, Grünwinkel und Mühlbach) werden ab den nachgenannten Tagen durch den Bezirksarzt I Medizinrat Dr. Eberle vorgenommen und zwar:

Donnerstag, den 20. April 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule,  
Montag, den 24. April 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule,  
Dienstag, den 25. April 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule,  
Mittwoch, den 26. April 1922, vormittags 8 Uhr Daxlanden (Kinderschule),  
Mittwoch, den 26. April 1922, vormittags 10 Uhr Grünwinkel (Schulhaus),  
Donnerstag, den 27. April 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule (Mühlbach),  
Dienstag, den 2. Mai 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule (Mühlbach),  
Mittwoch, den 3. Mai 1922, vormittags 8 Uhr Daxlanden (Mühlbach),  
Mittwoch, den 3. Mai 1922, vormittags 10 Uhr Grünwinkel (Mühlbach),  
Mittwoch, den 3. Mai 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule,  
Donnerstag, den 4. Mai 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule,  
Dienstag, den 9. Mai 1922, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr Mühlburg (Herdstr. 5),  
Donnerstag, den 11. Mai 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule (Mühlbach),  
Dienstag, den 16. Mai 1922, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr Mühlburg (Herdstr. 5),  
Mittwoch, den 17. Mai 1922, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr Mühlburg (Herdstr. 5),  
Donnerstag, den 18. Mai 1922, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr Mühlbach (Zurhalle),  
Dienstag, den 23. Mai 1922, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr Mühlburg (Herdstr. 5),  
Mittwoch, den 24. Mai 1922, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr Mühlbach (Mühlbach),  
Freitag, den 26. Mai 1922, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr Mühlbach (Mühlbach),  
Dienstag, den 30. Mai 1922, nachmittags 5<sup>1/2</sup> Uhr Mühlbach (Mühlbach),  
Donnerstag, den 1. Juni 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule,  
Freitag, den 2. Juni 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule,  
Samstag, den 3. Juni 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule,  
Donnerstag, den 8. Juni 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule (Mühlbach),  
Freitag, den 9. Juni 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule (Mühlbach),  
Samstag, den 10. Juni 1922, nachmittags 5 Uhr Gartenschule (Mühlbach).

Geimpft muß werden:

- jedes Kind vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres, sofern es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Mattern überstanden hat;
- jeder Zögling einer öffentlichen Lehranstalt oder einer Privatschule innerhalb des Jahres, in dem er das zwölfte Lebensjahr zurückgelegt, sofern er nicht nach ärztlichem Zeugnis in den letzten 5 Jahren die natürlichen Mattern überstanden hat oder mit Erfolg geimpft worden ist;
- ältere impfpflichtige Kinder und Zöglinge, welche noch nicht oder schon einmal oder zweimal, jedoch ohne Erfolg, geimpft wurden.

Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder und Pflegebefohlenen dem Befehl zuwider der Impfung entzogen bleiben, werden an Geld bis zu 50 Mk. oder mit Haft bis zu 8 Tagen bestraft. Für Kinder, welche von der Impfung wegen überstandener Mattern oder früherer Impfung befreit sein sollen oder zurzeit ohne Gefahr für Leben oder Gesundheit nicht geimpft werden können, sind die ärztlichen Zeugnisse, letzterenfalls mit genauer Angabe des Grundes, wehalb und auf wie lange die Impfung unterbleiben darf, dem Impfarzt (Bezirksarzt) vorzulegen. Ferner muß in den Zeugnissen Vor- und Zunamen und das genaue Geburtsdatum des Kindes angegeben werden. Die geimpften Kinder müssen bei Strafvermerken zu der von dem Impfarzt bei der Impfung bestimmten Zeit zur Nachschau gebracht werden.

Aus einem Hause, in welchem ansteckende Krankheiten, wie Scharlach, Masern, Diphtherie, Krupp, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen oder die natürlichen Mattern herrschen, dürfen Impfungen zum allgemeinen Termine nicht gebracht werden. Die Kinder müssen zum Impftermin mit rein gewaschenem Körper und mit reinen Kleidern erscheinen.

Karlsruhe, den 1. April 1922. Bezirksamt - Polizeidirektion. O. 3. 42

Sonntag, den 9. April.

Landestheater. 5—n. 7,10 Uhr 40 Mk. 7—9 Uhr

Konzerthaus. 21 Mk.

Peer Gynt Deutscher Volksliederabend

Pädagogium Neuenheim-Heidelberg  
Abitur. Reife O II und Prima, kleine Gymnasien und Realklassen: VI - Reifeprüfung, Sport - Verpflegung durch eigene Landwirtschaft.

## Altpapier

Druckstempel, Zeitungen und Altkäse kaufen zu den höchsten Tagespreisen

Kerzner, Alpern, Weikmann & Cie.  
Seierheimer-Allee 8 Teleph. 702 u. 801.  
Auf Wunsch wird die Ware abgeholt. M. 819 O. 3. 43

### Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit

#### vormalig Allgemeine Versorgungs-Anstalt Renten-Abteilung.

Gemäß § 194 der Statuten von 1863 werden die Inhaber der nachbenannten Rentenscheine aufgefordert die rückständigen Renten zu erheben.

Der Mitglieder Name und Geburtsort	Der Rentenschein		
	Nr.	Jahres-gesellschaft	Stufe
Erstmalige Aufforderung.			
Horn, Karoline geb. Piton von Conting	434/5	1870/2	2b
Zweite und letzte Aufforderung.			
Reimold, Amalie von Stuttgart	7829	1835	1b
La Forest, Marg. geb. Guschurk von Rastatt	2506	1837	2a
Wardige, Joseph Johann von Karlsruhe	596	1838	1a
Wagenegger, Othmar, von Karlsruhe	599	1838	1a
Wohlfahrt, Karl, von Dorf Rehl von Rastatt, Kath. geb. von Marquard, von Offenbach	1983	1838	1a
Wischer, Vincenz, von Mannheim	2501	1839	2a
Wohlfahrt, Daniel Franz, von Mannheim	2028/9	1840	1a
Wohlfahrt, Michael Joseph, von Rastatt	2190/3	1840	1a
Wohlfahrt, Michael Joseph, von Rastatt	840	1840	1b
Lautemann, Johanna geb. Fischer, von Rastatt	397	1841	1a
Dronau, Gertrude geb. Schmidt, von Haber	2543	1841	1a
Engler, Gustav, von Mühlbach	2556	1841	1a
Alch, Friedrich, von Mannheim	2287	1841	2a
Ris, Maria geb. Schmid, von Karlsruhe	1503/04	1843	1a
Rehger, Maria geb. Kuehling, von Rehl	275, 345/8	1844	1a
Rehger, Julie, von Mannheim	840	1844	1a
Sartmann, Marie geb. Dittmar, von Sainte-Marie	1129	1844	1a
Stein, Eduard, von Wengenbach	1156	1844	1b
Debrunner, Rudolph Wilhelm, von Rastatt	42	1845	1a
Geismüller, Otto, von Wengenbach	1818	1845	1a
Barriere, Karoline geb. Herrin, von Mannheim	279	1846	1a
Rindau, Josef, von Heidelberg	1285	1846	1a
Waldman, Elise geb. Wirtel, von Elm	982/66	1847	1a
Wöringer, Egerie, von Ettlingen	72	1847	1b
Wosmann, Georg, von Wengenbach	452	1852	1a
Wöhler, Auguste geb. Herdt, von Frankfurt a. M.	113	1853	1b
Rahn, Ida geb. Fischer, von Eppingen	962	1854	1b
Gorg, Karl, von Rastatt im Schwarzwald	896	1855/6	1a
Stern, Friedrich Wilhelm, von Mappach	969, 986	1855/6	1a
Wagner, Karl Friedrich Alfred, von Heidelberg	369/70	1857/8	1a
Zint, Marie Theresia geb. Raubreis, von Rastatt	524	1859/61	1b
Wardige, Joseph Johann, von Karlsruhe	233	1862/3	3b
Forchner, Emil Arthur, von Rastatt	662	1864/6	1a
Behrenspennig, Hermann, von Berlin	289	1870/2	1a
Behrenspennig, Marie geb. Wurthorn, von St. Georgen	410	1870/2	2a
Leonhardt, Bernhard, von Heidelberg	448	§§247/52	—
Behrenspennig, Hermann, von Berlin	908	§§266/74	—

Karlsruhe, im April 1922. M. 171  
Karlsruher Lebensversicherung auf Gegenseitigkeit vormalig Allgemeine Versorgungs-Anstalt. Der Vorstand.

Wir kaufen selbst größte Posten

## Kugellager

Findling & Co., Bl. SW. 11. Königgrätzerstr. 70.

### Charakter-entung

(20 Zeilen in Linie gesch.) Mark 6.60 a. 663 b

### Grapholog. Institut

R. G. Ritter  
Karlsruhe, Körnerstraße 30

### Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

M. 808, Karlsruhe. Zur Konturs über das Vermögen der projektionsbedingten Anstalt Robert Schödel in Karlsruhe ist nach Abhaltung des Schlusstermins das Konkursverfahren aufgehoben worden. Karlsruhe, 29. März 1922. Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgericht A. 5.

### Verchiedene Bekanntmachungen.

Die Gesellschafterversammlung vom 4. Febr. 1922 hat die Auflösung der Gesellschaft beschlossen. Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche bei der Gesellschaft anzumelden. M. 173

Oberheinische Handelsge-sellschaft G. m. b. H. Offenburg (Baden) i. L. Die Liquidatoren: Wasmannsdorff, Lang.

### Modellangholzverkauf

Die Gemeinde Kirchhofen, Amt Staufen verkauft freihändig etwa 1350 Festmeter Modellangholz, meist Weichhölzer in 5 Losen, ferner 21 Buchen mit zusammen 41 Hst. Verzeichnisse und nähere Auskunft durch das Bürgermeistertamt. Schriftliche Angebote wollen in Prozenten der Landesgrundpreise bis Samstag, den 15. April d. J., nachmittags 5 Uhr, beim Bürgermeistertamt eingereicht werden. M. 757 Kirchhofen, den 5. April 1922. Das Bürgermeistertamt, Winiger, Baumstr.

Erdb., Gleis-, Betonierungs- u. Einfriedigungsarbeiten zur Erweiterung des Werkstättenhofes des Reichsbahamtes Purlach zu vergeben. Bedingungen und Zeichnungen sind in unserem technischen Büro im hiesigen Maxaubahnhof einzusehen; dort auch Abgabe der Angebotsordrude. Angebote sind verschlossen und mit entsprechender Aufschrift bis längstens zur Eröffnung am Donnerstag, den 20. April 1922, vorm. 11 Uhr, amher einzureichen. M. 795 Karlsruhe, 6. April 1922. Bahnbauinspektion 1.

### Rieshottergewinnung

aus baueigener Kiesgrube beim Bahnhof Kitzingen im Umfang von 3000 qm. 9000 cbm öffentlich zu vergeben. Bedingungen sind in unserem technischen Büro am Donnerstag, den 20. April d. J., vorm. 11<sup>1/2</sup> Uhr, verschlossen und postfrei an uns einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Kitzingen, 30. März 1922. Bahnbauinspektion 2.